

Erneuerung des Antrages der SPD-Kreistagsfraktion für eine Resolution an den Bund:

Beschlussantrag:

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit empfiehlt dem Kreistag, sich mit folgendem Appell an den Bund zu wenden:

Der Bund muss unverzüglich und vollständig die Kosten der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen übernehmen.

Der Kreis Warendorf sieht den Bund in der Pflicht, die Kommunen weiter als bisher beschlossen zu entlasten. Wir schließen und ausdrücklich der Forderung an, dass der Bund unverzüglich die Kosten der Unterbringung und Betreuung vollständig übernehmen muss. Dabei sind auch die kommunalen Integrationskosten und die Kosten der geduldeten Flüchtlinge vollständig einzubeziehen.

Begründung:

Es wird auf den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 8. Juni 2015 verwiesen.

Die Zahl der Flüchtlinge ist seit dem dramatisch angestiegen und allen bekannt. Die Städte und Gemeinden wie die Kreise können die ihnen dadurch entstehenden Kosten dauerhaft nicht tragen. Sie bedürfen insoweit einer vollständigen Kostenentlastung, nicht nur einer Kostenneutralität in einzelnen Bereichen.